

Am 7. Juni 2009 findet in Deutschland die siebte Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. In den dreißig Jahren seit der ersten Direktwahl ist das Parlament zu einer mächtigen Institution herangewachsen. Über achtzig Prozent der Gesetze, die Bundestag und Bundesrat beschließen, sind Umsetzungen von Richtlinien der EU. Nicht nur der Ministerrat, sondern auch das Europäische Parlament muss zustimmen, bevor eine Richtlinie in Kraft treten kann und damit einen Rahmen für die nationale Umsetzung vorgibt. Mit der Europawahl wird entschieden, welche politische Richtung die EU-Gesetzgebung bestimmt und wer den Präsidenten der Europäischen Kommission stellt: die Europäische Volkspartei, der auch CDU und CSU angehören, oder die europäischen Sozialisten.

64 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sichert die EU ihren Bürgern die Möglichkeit, ihr Leben in Frieden und Freiheit zu führen. Wir Christdemokraten sind stolz darauf, dass wir mit Konrad Adenauer diese Idee durchgesetzt haben. Helmut Kohl hat die deutsche Einheit mit der europäischen Einigung verknüpft. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat entscheidend dazu beigetragen, die EU aus der finanziellen und institutionellen Krise zu führen und die EU zum Vorreiter beim Schutz des Weltklimas zu machen. Mit ihrer engagierten Europapolitik konnte sie die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in der EU und global verankern, insbesondere bei der Verankerung von wirksamen Regeln für die

internationalen Finanzmärkte. Die EU gewährleistet wichtige Voraussetzungen für wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit, auch in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir sind überzeugt: Die EU ist die beste Antwort auf Herausforderungen wie Globalisierung, Sicherung unseres Wohlstands, Migration, Klimawandel, Energiesicherheit und neue Bedrohungen unserer Sicherheit. Nur gemeinsam können die europäischen Staaten die Interessen ihrer Bürger in dieser globalen Ordnung gewährleisten. Ein einzelnes Land kann diese Aufgaben im einundzwanzigsten Jahrhundert nicht mehr allein meistern. Die CDU ist der Garant dafür, dass wir die Chancen der Gestaltung der Globalisierung für eine menschliche Marktwirtschaft mit der EU wahrnehmen werden. Worum geht es aus der Sicht der CDU am 7. Juni 2009 bei der Europawahl in Deutschland im Einzelnen?

Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze

Eine starke EU ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit. Diese Rahmenbedingungen gewährleistet die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist die effektivste und gerechteste Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Deshalb haben wir sie im Vertrag von Lissabon verankert. Deshalb wollen wir sie auf globaler Ebene durchsetzen.

Wir wollen Wettbewerb in der EU als die Quelle von technischem Fortschritt

und Wohlstand. Der Wettbewerb darf aber nicht auf Kosten der Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer gehen. Die CDU steht für den Schutz der gemeinsamen sozialen Mindeststandards in der EU. Eine vollständige Harmonisierung der Sozialpolitik auf EU-Ebene lehnen wir jedoch ab. Das hohe deutsche Niveau unserer sozialen Sicherungssysteme, das vielfach deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, würde so gefährdet. Mit anderen Worten: Einheitliche EU-Sozialstandards können den Menschen in Deutschland schaden. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt der EU vielmehr stärken, indem wir weiter an einer Balance aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit auf europäischer Ebene arbeiten. Daher haben wir auch bei der EU-Osterweiterung Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit durchgesetzt, die unseren Arbeitsmarkt schützen und für ein sozialverträgliches Zusammenwachsen in Europa sorgen.

Als Exportweltmeister profitiert Deutschland in besonderem Maße vom Welthandel, vom EU-Binnenmarkt und den bisherigen EU-Erweiterungen. Der EU-Binnenmarkt und der Euro sind treibende Kräfte der europäischen Integration. Damit die EU international wettbewerbsfähig bleibt, müssen die Wachstumskräfte in der EU gestärkt werden. Kreativität und unternehmerischer Gründergeist entstehen nur in einem Klima der Freiheit in Verantwortung, das Eigeninitiative, Leistungswillen sowie nachhaltiges und soziales Engagement belohnt.

Freie Berufe, Handwerker sowie kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) spielen eine zentrale Rolle für die dauerhafte Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Unnötigen Regulierungen erteilen wir eine klare Absage. Dort, wo aber Regulierungen für einen geordneten Wettbewerb notwendig sind, wollen wir dafür sorgen, dass diese mit den beson-

deren Herausforderungen des Mittelstands vereinbar sind.

Im EU-Binnenmarkt brauchen wir Regeln wie zum Beispiel in der Wettbewerbspolitik oder im Verbraucherschutz. Allerdings bleibt es eine ständige Aufgabe, überflüssige Bürokratie zu vermeiden. Wir fordern die Einrichtung eines EU-Normenkontrollrats und unterstützen die Expertengruppe für den Bürokratieabbau. Wir halten das Ziel, 25 Prozent der Verwaltungslasten abzubauen, für einen ersten erreichbaren Schritt. Die Umsetzung der EU-Regeln in allen Mitgliedstaaten muss gewährleistet werden, sodass keine Wettbewerbsverzerrungen stattfinden.

Europas Stimme in der Welt

Mit dem Euro und der Erweiterung von fünfzehn auf 27 Staaten wurde die EU zu einem starken Akteur bei der Gestaltung der Weltordnung. Wir wollen einen gerechten Ordnungsrahmen für die globalisierte Wirtschaft durchsetzen und die EU für die Wahrnehmung dieser wichtigen Zukunftsaufgabe weiter stärken.

Wir setzen uns im Rahmen der EU dafür ein, die Handlungsfähigkeit, Transparenz und Effizienz der internationalen Organisationen wie des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) zu verbessern. Sie sind geeignet, die Gestaltung einer freien und menschlichen Weltordnung voranzubringen. Freier Handel sowie internationaler Wettbewerb sind entscheidende Voraussetzungen für globales Wirtschaftswachstum. Durch vergleichbare und faire internationale Wettbewerbsbedingungen schaffen wir sowohl Freiheit als auch Sicherheit für die Menschen. Deutschland wird sich weiterhin für eine EU einsetzen, die bei der internationalen Durchsetzung der Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft eine Vorreiterrolle einnimmt.

Deutschland profitiert als Exportweltmeister besonders von der Globalisie-

rung. Wir erleben mit der internationalen Finanzkrise aber auch, wo die Risiken der Globalisierung liegen und dass wir auf diese Risiken weltweit nicht ausreichend vorbereitet waren. Deswegen hat die CDU-geführte Bundesregierung eine gemeinsame Position der EU herbeigeführt und so beim G20-Gipfel in London am 2. April 2009 das Fundament für eine weltweite Ordnung der Finanzmärkte durchgesetzt. Die Beschlüsse müssen daher jetzt zügig umgesetzt und durch eine „Charta nachhaltigen Wirtschaftens“ weiterentwickelt werden. Wir haben insbesondere die Transparenz und Rechenschaftspflicht der Finanzmärkte verbessert, die Schaffung eines Regelwerks zur Beaufsichtigung von Ratingagenturen und Hedgefonds vereinbart. Der Schutz von Anlegern und Investoren konnte verbessert und Interessenkonflikte können in der Zukunft besser vermieden werden. Die Vergütungs- und Bonussysteme von Managern müssen künftig stärker nachhaltiges Wirtschaften belohnen, nicht kurzfristiges Profitstreben. Die EU-Aufsichtsinstitutionen werden verstärkt zusammenarbeiten und die nationalen Aufsichtspraktiken angleichen. Langfristig brauchen wir eine europäische Bankenaufsicht unter maßgeblicher Beteiligung der Europäischen Zentralbank. Zudem müssen die großen Ungleichgewichte in den Handels- und Leistungsbilanzen zwischen den führenden Handelsblöcken abgebaut werden. Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang gegen einseitige staatliche Manipulationen von Wechselkursen aus.

Die EU nimmt beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle ein. Ihr Klimaschutzprogramm ist maßgeblich von der CDU und Bundeskanzlerin Angela Merkel gestaltet worden. Die EU hat sich bereits ehrgeizige Ziele bei der Reduzierung des Treibhausgasausstoßes sowie der Steigerung der Energieeffizienz gesetzt: Reduktion der klimaschädlichen Emissionen bis 2020 um zwanzig Prozent, Erhöhung der

Energieeffizienz um zwanzig Prozent und Ausbau des Anteils alternativer Energien ebenfalls auf zwanzig Prozent.

Das Emissionshandelssystem der EU sollte schnellstmöglich für dritte Staaten und Handelssysteme außerhalb der EU geöffnet werden. Damit das Emissionshandelssystem seine volle Wirkung entfalten kann, wollen wir es zu einem globalen System weiterentwickeln.

Auf absehbare Zeit ist die EU auf die Nutzung fossiler Energieträger und der Kernkraft angewiesen. Ein großer Teil der Öl- und Gasimporte kommt aus instabilen Regionen. Die Versorgungssicherheit ist eine Aufgabe, die nur gemeinsam durch die EU gelöst werden kann. Die CDU wird sich deshalb für eine Energiestrategie der EU einsetzen, um den Einfluss der EU auf den globalen Energiemärkten zu erhöhen. Und wir brauchen eine zügige Vollendung des Energiebinnenmarktes.

Freiheit und Sicherheit

Nur durch ein einiges Europa können wir unsere Interessen in der Welt durchsetzen. Deshalb wollen wir eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie ist im Interesse unseres Landes und muss auf einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie basieren. Sie muss Anstöße für eine Welt mit immer weniger Waffen geben. Die EU muss den Prozess der Globalisierung entsprechend ihren Interessen und ihren Werten sowie auf Grundlage ihrer Leistungskraft mitgestalten. Dafür ist es notwendig, dass der Reformvertrag von Lissabon in Kraft tritt. Er schafft die politischen und institutionellen Voraussetzungen, damit die EU mit einer Stimme sprechen kann und handlungsfähig ist. Dafür brauchen wir einen europäischen „Außenminister“. Diese Rolle wird künftig der Hohe Beauftragte für die gemeinsame Außenpolitik wahrnehmen. Eine handlungsfähige EU kann bei der Lösung globaler Probleme am besten unsere Interes-

sen in einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den USA und Kanada wahrnehmen. Wir wollen im Rahmen der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft Handelshemmnisse abbauen und langfristig einen transatlantischen Markt schaffen.

Wir bekennen uns zu einer europäischen Verteidigung einschließlich einer Beistandsverpflichtung, ergänzend zur NATO. Langfristig wollen wir gemeinsame europäische Streitkräfte.

Nur eine stabile Währung schafft Vertrauen und sichert den Wohlstand. Für die CDU gibt es zwei entscheidende Garantien für die Stabilität des Euro: zum einen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, zum anderen die Maastrichter Stabilitätskriterien und den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Wir leben in einer EU mit offenen Binnengrenzen. Daher muss die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich gestärkt werden. Gerade weil es diese Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen mit gemeinsamen Standards und Kontrollen sowie der Koordinierung durch die EU-Grenzschutzagentur gibt, wird die Freizügigkeit innerhalb der EU ermöglicht. Auch die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit mit gemeinsamen Polizeizentren, europaweit abrufbaren Fahndungsausschreibungen und dem Abgleich von Ermittlungsdaten leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Wir setzen uns dafür ein, dass Informationsaustausch und ein einheitlich hohes Niveau des Datenschutzes in der EU Hand in Hand gehen.

Der Kampf gegen illegale Migration kann nur als Teil eines europäischen Gesamtansatzes zur Steuerung und Begrenzung von Migration Erfolg haben. Durch Partnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern wollen wir die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen. Die enge Verknüpfung von Migration und Integration ist dabei zwingend notwendig. Klar ist aber auch, dass Menschen, die sich nicht rechtmäßig bei uns aufhalten, grundsätz-

lich in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen.

Wir wollen die EU für besonders gut qualifizierte Menschen attraktiver machen, damit sie in Bereichen arbeiten können, in denen die europäische Wirtschaft und Forschung sie benötigen.

Gefestigte Identität

Die CDU steht für eine EU als eine politische Union der Bürger und der Mitgliedstaaten. Sie baut auf gemeinsamen Werten und dem europäischen Menschenbild auf, das maßgeblich durch Christentum, Judentum, Antike und Aufklärung geprägt ist. Die Charta der Grundrechte ist ein Ausdruck dieser Werte. An dem langfristigen Ziel, eine EU-Verfassung einschließlich eines Gottesbezugs zu schaffen, halten wir fest.

Die bisherigen Erweiterungsrounden der EU haben die Zone der Stabilität ausgeweitet und Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Für viele Menschen auf dem westlichen Balkan und in Osteuropa ist die EU zum Hoffnungsträger für ihre Zukunft geworden. Die EU muss ihrer Verantwortung gegenüber diesen Völkern gerecht werden.

Allerdings hat die Erweiterung der EU von fünfzehn auf 27 Mitgliedstaaten große Anstrengungen bedurft. Daher tritt die CDU in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments bis 2014 für eine Phase der Konsolidierung ein, in der die Festigung der Identität und der Institutionen der EU Vorrang vor weiteren EU-Beitritten hat. Eine Ausnahme von dieser Regel kann es nur für Kroatien geben, das voraussichtlich binnen Jahresfrist seine Beitrittsverhandlungen erfolgreich abschließen kann.

Die Vollmitgliedschaft in der EU kann nicht in jedem Fall die einzige Antwort auf den Wunsch nach einer europäischen Perspektive sein. Für den Beitritt zur EU ist die Erfüllung des Kriteriums der Aufnahme-fähigkeit der EU ebenso wichtig

wie die vollständige Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer, zu denen insbesondere die Meinungsfreiheit, die Gleichheit von Frau und Mann, der Minderheitenschutz oder die Religionsfreiheit zählen. Wir halten daher eine privilegierte Partnerschaft der EU mit der Türkei für die richtige Lösung. Nur europäische Staaten dürfen einen Beitrittsantrag an die EU stellen. Dennoch ist für die Sicherheit und den Wohlstand der EU die Stabilität der nicht europäischen Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas von zentraler Bedeutung. Wir treten daher für maßgeschneiderte Nachbarschaftsabkommen der EU ein. Für die europäischen Nachbarn der EU, die nicht oder noch nicht Vollmitglieder werden können, brauchen wir eigene Formen politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit wie zum Beispiel die „östliche Partnerschaft“. Diese müssen mit Leben gefüllt werden und im Rahmen des gemeinsamen Ansatzes den jeweiligen Besonderheiten der Partnerländer Rechnung tragen.

Die EU muss sich gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf jene Aufgaben konzentrieren, die die europäische Ebene besser als die Nationalstaaten mit ihren Regionen und Kommunen erfüllen kann. Daher ist es notwendig, dass die bereits vereinbarten institutionellen Reformen des EU-Vertrags von Lissabon bald umgesetzt werden können. Wir wollen die Aufgabenverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten bei künftigen EU-Vertragsänderungen überprüfen.

Richtungsentscheidung Europawahl

Die CDU ist die deutsche Europa-Partei. Gemeinsam mit unseren Partnern in der

Europäischen Volkspartei (EVP) setzen wir uns für ein starkes und bürgernahes Europa ein. Um diese Politik erfolgreich fortsetzen zu können, wollen wir mit der EVP-Fraktion auch künftig die stärkste Gruppe im Europäischen Parlament stellen. Bei der Zusammensetzung der nächsten Europäischen Kommission muss das Ergebnis der Europawahlen sichtbar werden. Das ist Kern des Demokratieprinzips. Nach einem Sieg der Union bei der Europawahl in Deutschland muss der künftige deutsche Kommissar von der CDU gestellt werden. Nach einem Sieg der Europäischen Volkspartei (EVP) und ihrer Partner soll José Manuel Barroso seine erfolgreiche Arbeit als Kommissionspräsident fortsetzen können.

Die CDU steht für kluge nationale und europäische Interessenwahrnehmung und Professionalität in europäischen Fragen. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist Deutschlands starke Stimme in Europa. Sie benötigt starke Partner im Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission. Dazu braucht es eine starke CDU und CSU, die auch in Zukunft gemeinsam in der EVP für die Durchsetzung dieser Ziele im Europäischen Parlament arbeiten können.

Die Europawahl entscheidet über die Zukunft von rund fünfhundert Millionen Bürgern. Wir rufen die Bürger in Deutschland auf, am 7. Juni 2009 ihre Stimme der CDU zu geben: für ein Europa mit größerem internationalen Gewicht, für eine stabile Währung, für zukunftsorientiertes Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in Deutschland und Europa sowie für eine sichere und gefestigte Union in Europa. Gemeinsam werden „WIR in Europa“ diese Ziele erreichen.